

CDU-Politiker Frei: Wahlrecht mit 16 wird nicht kommen

SPD, Grüne und FDP wollen das Wahlrecht auf 16 Jahre absenken. Doch dafür bräuchte es eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag. Die Union will dabei nicht mitmachen.

Foto: Peter Endig

Berlin. SPD, Grüne und FDP wollen das Wahlrecht ab 16 einführen. Die CDU will da nicht mitmachen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Thorsten Frei (CDU), sieht im neuen Bundestag keine Mehrheit für das von SPD, Grünen und FDP vereinbarte Wahlrecht ab 16 Jahren. „Die Ampel kann eine Absenkung des Wahlalters gar nicht beschließen. Dafür bedürfte es einer verfassungsändernden Zwei-Drittel-Mehrheit. Die sehe ich nicht“, sagte Frei unserer Redaktion. Er sehe das Wahlrecht mit 16 Jahren „sehr

skeptisch“.

Auch Grenzen für Strafmündigkeit und Geschäftsfähigkeit absenken?

Frei sagte zur Begründung: „Auch wenn es ohne Zweifel viele stark politisch interessierte Jugendliche gibt, die sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auch intensiv auseinandersetzen, bleibt eines aber ebenfalls richtig: Rechte und Pflichten müssen in Übereinstimmung gebracht werden. Ist es daher vernünftig, wenn man einerseits über die Zukunft unseres Landes mitentscheiden könnte, aber nicht ohne Zustimmung der Eltern einen Handyver-

trag abschließen oder auch nur jeden Film im Kino ansehen dürfte? Da habe ich meine Zweifel.“ Aus seiner Sicht müsste man im Falle der Absenkung des Wahlalters auch über die Absenkung der Grenzen für Strafmündigkeit und Geschäftsfähigkeit sprechen.

Im Sondierungspapier von SPD, Grünen und FDP ist das Vorhaben festgehalten, das Wahlalter für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre abzusenken.